Hunger-Weihnacht 1932!

Klasse gegen Klasse! . Es gibt im Kapitalismus keinen Frieden, kein Stück Brot, keine Kohle ohne Massenkampf!

Das von der Kapitalistenklasse und ihrer Presse, ihrem Rundfunk groß aufgemachte Weihnachtsgeflunker kann die Arbeiterschaft und auch die werktätigen Sportler nicht über die Tatsache ihrer Elendslage hinwegtäuschen. Vom „Frieden" reden und schreiben sie zwar, aber den Kampf um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, das an der Not und dem Elend der Millionen Werktätiger schuld ist, organisieren sie. Die Krise wächst. Das haben mit aller Deutlichkeit die letzten Wochen gezeigt. Unbeschreiblich ist die Katastrophe. Die Kapitalistenklasse kann keine Arbeit schaffen. Sie setzen den Raub der Löhne und Unterstützungen fort. Die Lebenshaltung der Millionen wurde weiter gesenkt. Alles, um der Bourgeoisie ihre Existenz zu erhalten. Darum organisieren sie ihren Machtapparat gegen die gegen Hunger und Elend sich zur Wehr setzenden Massen. Darum die Bündnisse der Nazis und der sozialdemokratischen Führer in geschlossener Front mit den übrigen kapitalistischen Parteien, die Massen vom Kampf abzuhalten, die Einheitsfront zu verhindern, der Kapitalistenklasse eine Massenbasis für ihren Ausplünderungsfeldzug zu ermöglichen.

Die Regierung Schleicher führt den Papenkurs, wenn auch mit geschickteren Methoden, konsequent weiter. Das haben mit aller Deutlichkeit die letzten Verhandlungen im Haushaltausschuß des Reichstages bewiesen. Bleiben soll für die Arbeiter und Angestellten in Kettenen der Lohnraubstaat, wenn auch die Papenverordnung aufgehoben wurde. Mit anderen Methoden werden die Unternehmer gemeinsam mit der Gewerkschaftsbürokratie zum Lohnabbauangriffen übergehen. Bleiben soll die Not der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger. Die Winterhilfe soll hinausgezögert werden.

Der Kurs des „sozialen" Generals, wie ihn insbesondere die sozialdemokratische Presse versuchte hinzustellen, wird noch deutlicher durch die Verbote von Parteitagen der Kommunistischen Partei, von Versammlungen der Internationalen Arbeiterhilfe, zur Vorbereitung von Solidaritätsaktionen für die vor einem Lohnabbau stehenden Gas- und Wasserarbeiter in Berlin Stellung nehmen wollten, wird noch deutlicher, wenn wir hinweisen auf die Verbotspflege, die die reaktionäre Berliner Börsenzeitung gegen die roten Sportler betreibt. Dieser Unterdrückungsfeldzug soll der Kapitalistenklasse die Ausplünderung der werktätigen Massen ermöglichen, eine Front von den nazifaschistischen Führern bis zu den sozialdemokratischen Führern steht hier für den Kurs der Schleichertegierung gegen die deutsche Arbeiterklasse. Sie steht auch zur Verteidigung des Vaterlandes der Kapitalisten und für den imperialistischen Kurs der Bourgeoisie. Das hat mit Deutlichkeit sondergleichen der sozialdemokratische Vorsitzende des ADGB in seinem Interview mit dem Berichterstatter der Zeitung „Excelsior" unterstrichen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage signalisieren den Werktätigen nicht die Abschwächung der Krise, des Massenelends, der Klassenzuspitzung der faschistischen Diktatur. Sie signalisieren vielmehr die Verschärfung aller Widersprüche, eines verschärften faschistischen Angriffs, den die Bourgeoisie hinter einer Nebelwand sozialer und politischer Betrugsmanöver gegen das Proletariat und seine revolutionäre Partei durchzuführen beabsichtigt.

Auch die Glocken der Kirchen und die Phrase vom „Frieden auf Erden" schaffen die Tatsachen der ungeheuren Not und des Elends nicht aus der Welt. Es gibt keinen Frieden, solange der Kapitalismus herrscht! Kein Stück Brot, keine Kohle gibt es ohne Kampf! Klasse gegen Klasse, muß die Losung aller Werktätigen sein! Klasse gegen Klasse heißt angesichts der gegenwärtigen Situation in noch stärkerem Maße als bisher: Mobilisierung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung für die Einheitsfrontaktionen gegen Hunger und Elend, gegen Kapitalismus und Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit, für den Sozialismus!

Programm der Dresdner Rasenspieler

Nach Abwicklung der Herbstrunde bis auf einige neuangesetzte Protestspiele hat es der größte Teil der Sportler sich vorgenommen, die Feiertage gleichzeitig als Ruhepause auszunutzen oder die Zeit zu benutzen, dem beliebten Wintersport, dem Ski oder Rodel in der nahen Gebirgsgegend sich zu widmen. Die meisten warten immer noch sehnlichst auf den dazu notwendigen Schnee, der hoffentlich noch kommt oder nicht und so seine Anhänger enttäuscht. Die ausgesprochenen Rasenspieler haben aber trotz der Feiertage ihren Sport abgeschlossen, um ihre Zuschauer auf ihre Kosten kommen zu lassen. Einige Mannschaften fahren nach auswärts, während auswärtige Gäste in Dresden weilen. DSV 10 1 hat sich die Spitzenmannschaft des Leipziger Bezirks, Normannia 1, verpflichtet, und wird gewiß keinen schlechten Zug gemacht haben, da den Gästen der beste Ruf vorausgeht. Ein Spiel, das in Anbetracht der kommenden Landesmeisterschaftsspiele von besonderer Bedeutung erscheint. DSV wird verstehen, im Spiele unsere Dresdner Spielstärke auszudrücken. Schiri 185. Am 26. weilen die Normannen bei Heidenau und werden auch dort auf energischen Widerstand stoßen, da es nicht so leicht ist, die stabile Heidenauer Mannschaft zu bezwingen, Schiri 156. — Dresden-West hat mit Cotta-Löbtau 1 für den 26. 12. abgeschlossen. Die Gäste werden auf Grund ihrer letzten Spiele kaum merken lassen, daß sie noch in der zweiten Klasse spielen, sondern durch Eifer und technische Verbesserungen in der Mannschaft beweisen, daß sie dem Aufstieg nahe sind. Schiri 118. Zauckerode 1 gegen Weißdorf 1 werden sich am 25. 12. in Zauckerode einen gleichwertigen Kampf liefern, dessen Sieger knapp in den Gästen zu erwarten ist. Deuben 1 hat die zur Zeit in sehr guter Form befindlichen Ottendorfer 1 als Gegner und wird alles hergeben müssen, um nicht eine Enttäuschung zu erleben, die nicht ausgeschlossen erscheint. Schiri Zauckerode. Reiß-Mockritz 1 hat sich viel zugetraut, indem sie die Spielv. 02 1 herausfordern. Wir erwarten jedoch, daß sie sich wie bei den letzten Spielen recht gut aus der Schlinge ziehen werden. Schiri Süd. Cossmannsdorf 1 steht am 25. 12. den Cottaern gegenüber. Die Gäste werden dafür Sorge tragen, daß der Sieg des Platzbesitzers nicht so hoch ausfällt. Dresden-West 1 hat am 25. 12. die Nachbarn Omsewitz 1 zum Derby. Die in den letzten Spielen gezeigte Spielweise beider Mannschaften wird die Zuschauer voll befriedigen. Ferner treffen sich in Rottwernsdorf Radeberg 1—Rottwernsdorf 1.

In den niederen Klassen sind folgende Spiele abgeschlossen worden: Am 25. 12. Wehlen 2—Struppen 2; West 3—Omsewitz 2, Cossmannsdorf 2—Cotta-Löbtau 2; Radeberg 2—Rottwernsdorf 2 Am 26. 12. Dohna 2—Wehlen 1; Dohna 3—Wehlen 2; DSV 2 gegen Höckendorf 1; West 2—Cotta-Löbtau 2; DSV 3—Heidenau 3; DSV AM—Heidenau AM. Jugend: DSV 1—Pirna II 1; Radebeul 2—Süd-Helios 2; Zschachwitz 1—Meißen 1. Knaben: Süd-Helios 1—1885 1; Süd-Helios 3—1885 2; Heidenau 1 gegen DSV 1.

Nachgemeldete Resultate: Deuben 1—Straßenbahn 1 3:1.

Die Betriebsmannschaft zeigte auch hier, daß sie von Spiel zu Spiel besser wird und schon an die erste Klasse herangeht, ohne schlecht abzuschneiden. Ruhe und Disziplin zeichnete dieses Spiel besonders aus. Deuben AM—Straßenbahn 2 8:3.

Dresden-Leipzig

beansprucht augenblicklich das größte Interesse aller werktätigen Sportler. Die Anziehungskraft für dieses Städtetreffen war immer äußerst stark und verspricht auch diesmal seine Wirkung nicht zu verfehlen. Die Spielstärke der Leipziger ist allen in guter Erinnerung und schon oft mußte Dresden den Kürzeren ziehen. Die jetzt folgende Aufstellung bietet fast mit Bestimmtheit die Gewähr, daß Dresden seine Mannschaft einer genaueren Revision unterzogen hat und auf recht günstiges Abschneiden rechnet. Der Vorverkauf hat bereits eingesetzt und verschiedene Vereine melden: „Vorverkaufskarten ausverkauft." Jeder sichere sich sofort Karten, um das erste Städtetreffen im neuen Jahre zum verbilligten Preise zu sehen. Die Dresdner Mannschaft mußte aus technischen Gründen noch eine kleine Aenderung erfahren und spielt endgültig wie folgt:

Büttner (Radebeul)
Hanisch (DSV) Krug (DSV)
Henke (Zschachwitz) Lindner (DSV) Schwarz (Pirna)
Achsig (DSV) Legler (Heidenau) Petruschke (DSV) Schindler (Krippen) Maas (Cossmannsd.)

Am 1. Januar alles auf nach dem DSV-Stadion! Durch Massenaufmarsch werden wir beweisen, daß die Hetze eines Schwindel-Voigt nicht in der Lage ist, in unsere festen Reihen Bresche zu schlagen, sondern daß unser Vormarsch unaufhaltsam seinem Ziele entgegensteht, bis auch der letzte uns fernstehende Sportler erkannt hat den Wert der roten Sportbewegung, die allen werktätigen Sportlern bessere kulturelle Lebensbedingungen erkämpfen wird!

Amtliche Bekanntmachungen der KG

Neue Zuschriftenadresse: Georg Schlegel, Pirna Badergasse 5.

SV Zauckerode: 1. Vors. Arno Schreier, Freital 3, Wurgwitzer Straße 4, Spielleiter: Kurt Schmidt, Freital 3, Lilienstraße 2, Kassierer: Willy Schmidt, Freital 3, Am kleinen Teich 2.

Ausgeschlossen aus der KG wurden Walter Hellfort, DSV, Landmann, Zauckerode, wegen organisationsschädigenden Verhaltens. Wir warnen alle Vereine vor den Genannten. Alles Weitere im Rundschreiben.

Städtespiel Dresden—Leipzig. Vor dem Städtespiel spielen um 10 Uhr Pirna II 1. Jgd.—Süd-Helios 1. Jgd., Schiri DSV. — Zeitnehmer und Kassierer stellt DSV. Zwei Ordner stellt Süd. Kartenabrechnung hat eine Stunde vor Spielbeginn zu erfolgen. Auf zehn verkaufte Karten wird eine Freikarte gewährt, die als besondere Karte nach erfolgter Abrechnung verabfolgt wird. Für den gesamten Spielbezirk besteht ab 12 Uhr Spielverbot.

Zur Spiele am 1. Januar vormittags werden noch verschiedene Gegner benötigt für erste Klasse. Wer meldet noch?

Heidenau. Der Verein Vorwärts Heidenau ladet alle Genossen und Gönner zur Silvesterfeier nach den Amorsälen, Großhaus, ein. Beginn 19 Uhr.

Berichterstattung am 26. 12.: 15.30—17 Uhr.

Handball:

Achtung, Sportenleiter! Am Mittwoch, dem 4. 1., findet im Heim des ASV Johannstadt, Hopfgartenstraße 20, Hinterhaus, die Handballbörse 19 Uhr statt. Alle Vereine haben zu erscheinen.

Achtung, Handballer! Von Berlin kommt zu Ostern 1933 der Verein Fichte 9a, Berlin, in die Nähe von Dresden mit zwei Sportler- und einer Sportlerinnenmannschaft. Von Dresden werden ein oder zwei Gegner gesucht. Anschrift ist zu richten an Kurt Martini, Rethelstraße 47 (Handball).

Achtung, Landvereine! Die von uns ausgesandten Fragebogen zwecks Schiriprüfung sind sofort an uns zurückzusenden.

Protestverhandlung am 7. 1., 18 Uhr, in Schmidts Restaurant, Flemmingstraße. Zu erscheinen haben von der Kommission Rochalski, Kunath und Leupold, 17.30 Uhr. 18 Uhr 1885 1—Deuben 1. Anwesend müssen sein beide Spielführer und Schiri. Zeugen, soweit sie auf dem Formular vermerkt sind, können auf eigene Kosten mitgebracht werden. Deuben hat den Schiri zu benachrichtigen. Die Gebühren sind vor der Verhandlung zu legen. Paße mitbringen.

Handball-Vorschau für 25. Dezember und 1. Januar

DSV 10 1—Johannstadt 1, 13 Uhr, Schiri 18, 25. 12. Es wird einen harten Kampf geben. DSV wird wohl das Nachsehen haben, aber an ihnen wird es liegen, das Resultat zu bestimmen.

Brand 1 Gl—Fortschritt 1 Gl, Schiri Fortschritt, 1. 1. 1933. Es wird ein interessanter Kampf, aber Fortschritt wird wohl den Sieg mit nach Hause nehmen.

Handballbericht vom 18. 12.: Dohna 1—DSV 1 9:11 (4:5). DSV wie nach Vorschau der technisch bessere, konnte obiges Resultat mit nach Hause nehmen. Dohna gab nicht den schlechtesten Gegner ab. Schiri gut.

Weiter im Kampf um die Vollamnestie

Das bisherige Ergebnis des Kampfes der KPD . Vorwärts im Zeichen des außerparlamentarischen Massenkampfes

R. R. Der Landtag hat ein Amnestiegesetz beschlossen, das inzwischen von der Schleichregierung verkündet wurde.

Das Gesetz entspricht keineswegs den Forderungen der politischen proletarischen Gefangenen und auch nicht den Forderungen der KPD. Das Gesetz ist unabhängig von der Reichsamnestie, aber es ist im wesentlichen gleich mit den Beschlüssen des Reichstages.

Die Amnestie ist bei politischen Straftaten auf fünf Jahre begrenzt. Für höhere Strafen erfolgt Milderung. Zehn Jahre Zuchthaus werden in 2½ Jahre Gefängnis umgewandelt, 15 Jahre in fünf Jahre.

Einbezogen werden in die Amnestie entgegen der Reichsamnestie Verstöße gegen den § 1 der Reichsnotverordnung. Bei der Notamnestie tritt diese ein, wenn die Vorstrafen nicht mehr als sechs Monate betragen. Bei der Reichsamnestie sind drei Monate angegeben. Einbezogen werden hier auch große Teile des Mittelstandes.

Die Ausnahmebestimmungen bei „Verbrechen gegen das Leben", „Terrornotverordnung", „schweren Raub", „schwere Körperverletzung", „Sprengstoffverbrechen", „Landesverrat" sind dieselben wie bei der Reichsamnestie.

Die Kommunistische Partei hat durch ihre Landtagsfraktion für eine umfassende allgemeine Amnestie ohne Einschränkungen gekämpft. Nur sie allein hat diesen Kampf geführt, während die SPD sich mehrfach mit der Reaktion in eine Front stellte und gegen die Amnestie stimmte.

Aber auch der jetzt zuletzt von der SPD eingebrachte Antrag, der unter dem Massendruck des von der KPD entfachten Kampfes eingebracht wurde — verlangte keineswegs eine Vollamnestie, sondern enthielt eine Unmenge schwerster Einschränkungen.

So sollten nach dem sozialdemokratischen Entwurf nicht amnestiert werden Notverbrechen, wenn der Täter mehr als geringfügig vorbestraft und die Strafe höher als ein Jahr sei. Auch eine solche Amnestie traf von vornherein eine große Anzahl Gefangener nicht.

An weiteren Ausschließungen von der Amnestie sah der SPD-Entwurf folgendes vor:

„§ 3. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind diejenigen Personen, welche zur Durchführung der Straftat oder im Zusammenhang damit ein Verbrechen gegen das Leben (Strafgesetzbuch § 211), ein Verbrechen des schweren Raubes (Strafgesetzbuch §§ 250, 251), der schweren Brandstiftung (Strafgesetzbuch §§ 306 bis 308), ein Verbrechen gegen § 321 Abs. 2 des Strafgesetzbuches, gegen die §§ 5, 6, 7 des Sprengstoffgesetzes oder aus eigennützigen Beweggründen das Verbrechen des Landesverrats (Strafgesetzbuch §§ 87 bis 92) begangen haben."

Das sind im wesentlichen die Bestimmungen, die auch die Reaktionäre im Reich ausgenommen haben.

Eine besondere wesentliche Einschränkung ist aber auch, daß der Entwurf der Sozialdemokraten kein Wort von der Amnestierung der Vergehen gegen den § 218 enthält. Die SPD hat sich hier schon vollständig auf den Boden der Reaktion gestellt.

Um diese Haltung vor den Arbeitern betrügerisch zu verschleiern, schieben sie in der Begründung ein paar Worte über den § 218 ein, nahmen ihn aber nicht in die Gesetzesvorlage auf. Insbesondere die proletarischen Frauen werden daraus ihre Schlußfolgerungen ziehen.

So war der sozialdemokratische Antrag eine gewollte Verstümmelung der Forderung der KPD nach einer Gesamtamnestie.

Auf Grund dieser Haltung der SPD konnte dann die Schleichregierung ihre noch weiter einschränkende Vorlage bringen. Aber erst das Verhalten der Nazis machte dann, daß die Regierungsvorlage als letzte Abstimmungsmöglichkeit übrig blieb. Sie stimmten gegen jede erneute Abänderung und Erweiterung der Vorlage der Regierung.

In Anbetracht der Verabschiedung der Vorlage und der besonderen demagogischen Ausnutzung durch die SPD, ist es notwendig, einen kurzen Ueberblick über den Gang der Auseinandersetzungen um die Amnestie in diesem Landtag zu geben.

Nach der schon vorher erfolgten verschiedenen Ablehnung von Anträgen brachte die KPD-Fraktion am 9. März 1931 einen Antrag ein, der eine Amnestie für alle Vergehen gegen § 218 forderte. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Landtages vom 25. Juni 1931 abgelehnt.

Bei der Beratung des Etats im Juni 1932 stellte dann die KPD-Fraktion den Antrag, der Landtag solle beschließen, die Regierung aufzufordern, noch bis zur Verabschiedung des Etats einen Gesetzentwurf über die Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen, für Notverbrechen und den § 218 einzubringen.

Wochenlang halfen die Sozialdemokraten diesen Antrag hinziehen. Bei der Abstimmung enthielten sie sich der Stimme und halfen so, den Antrag zu Fall zu bringen. Als dann der Antrag, den die Kommunisten als Minderheitsantrag brachten, im Plenum zur Beratung stand, stimmten die Nazis für den Antrag, aber die SPD stimmte gegen den Antrag und brachte auch hier den Amnestieantrag zur Ablehnung.

So hatten die Sozialdemokraten ihre ablehnende Haltung, ja ihre Feindschaft gegen die Amnestie deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die inzwischen unter Führung der KPD und der Einheitsausschüsse einsetzende außerparlamentarische Massenbewegung setzte auch die SPD unter Druck. Sie versuchte dann ein betrügerisches Manöver, um die Massen zu täuschen und auch jetzt noch zu verhindern, indem sie einen Antrag einbrachten, der den Minister bat, Einzelbegnadigungen vorzunehmen. Dagegen wendeten sich die Kommunisten, denn ein solcher Antrag war praktisch ohne jede Bedeutung.

Jetzt brachte die KPD-Fraktion einen Gesetzentwurf ein. Der Entwurf war schon gedruckt, die KPD-Fraktion befand sich bereits im Besitz des gedruckten Entwurfs. Der sozialdemokratische Landtagspräsident Weckel aber ließ die Verteilung der Drucksache anhalten und verhinderte die Beratung.

Auf den gesteigerten Druck der Massen und die energischen Forderungen der KPD wurde dann der KPD-Antrag auf die letzte Sitzung vor der Vertagung gestellt.

Die SPD wußte, daß dieser Antrag nicht mehr Gesetz werden konnte. Die Vorlage mußte erst an die Regierung. Diese mußte sie zurückgeben. Dann mußte neue Beschlußfassung erfolgen.

Die Sozialdemokraten vollführten damals ihr müdes Manöver um die Amnestie. Dadurch, daß die KPD das Wahlmanöver zerschlug, gelang es der SPD nicht, den KPD-Gesetzentwurf abzuwürgen.

Unter dem ständig wachsenden Massendruck, von der Tatsache, daß die Massen anfingen, das SPD-Manöver zu durchschauen, brachte die SPD dann im September einen Antrag ein, dessen Inhalt wir oben besprachen.

Die Aufzeigung dieser Vorgänge zeigt, daß die SPD wie die gesamte Reaktion gegen eine Amnestie waren. Nur der außerparlamentarische Massendruck hat die Amnestie erzwungen.

1. Im Landtag hat nur die KPD konsequent und immer eindeutig die Forderung nach Amnestie vertreten.

2. Bourgeoisie und SPD werden versuchen, diese Tatsache zur Einschläferung der Massenbewegung zu benutzen.

3. Es ist besonders wichtig, daß die Massen selber lernen, daß es ihre Massenkraft war, die schon einem Teil der politischen Gefangenen die Freiheit gab.

Nun der Arbeiterschaft aber steht die Aufgabe, weiterzukämpfen bis zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen, bis zum Sieg über den Kapitalismus überhaupt.